

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP



Ausgabe Januar 2018

Fake News enttarnen!

Die Verbreitung von falschen Informationen gerade im anonymen Internet, der Einfluss der russischen Propaganda auf die EU-Länder und die mutmaßlichen Versuche, die Wahlen in einigen EU-Ländern durch Fehlinformationen zu beeinflussen, standen im Mittelpunkt einer Debatte in Straßburg. „Falsche Informationen, egal wo sie herkommen, bedrohen den Ruf der Medien und sie bedrohen die demokratischen Werte“, so Ferber. „Auch ich bekomme jeden Tag unzählige Emails mit Anschuldigungen, Behauptungen ohne Belege und Propaganda-Meldungen. Beim genauen Hinsehen lassen sich diese Falschinformationen aber enttarnen.“ Markus Ferber begrüßt, dass die Kommission eine neue Expertengruppe eingerichtet hat. Interessierte Bürger ebenso wie Nachrichtenprofis sind aufgerufen, sich bis zum 23. Februar an einer öffentlichen Konsultation zu beteiligen. „Wir brauchen dringend Instrumente zur Bekämpfung von Fake News“, so Markus Ferber.

Reform der Energie-Ziele in der EU

„Die neuen Vorhaben müssen zeigen, dass es die EU ernst meint mit ihren Klimazielen. Gleichzeitig müssen die Ziele bei den erneuerbaren Energien und bei der Energieeffizienz

machbar bleiben und dürfen nicht zu überzogenen Kostensteigerungen oder Bürokratielasten führen“, so Ferber. Das Parlament hat in dieser Woche Maßnahmen zur Energieeinsparung bis 2030 beschlossen. Während die Ziele für den Anteil Erneuerbarer Energien um rund 35 Prozent für Deutschland kein Problem darstellen sollten, sind verpflichtende Renovierungsquoten für die öffentliche Hand nicht so einfach zu stemmen. „Eine verpflichtende Renovierungsquote für öffentliche Gebäude haben wir deshalb abgelehnt. Wir dürfen den Kommunen nicht neue Lasten aufbürden, für die kein Geld da ist.“

Jugendgarantie: Ferber zieht kritisches Fazit

„Es wurde viel Geld in die Hand genommen, jedoch wenig erreicht“, so fällt das nüchterne Fazit des CSU-Europaabgeordneten Markus Ferber zur EU-Jugendgarantie und Jugendbeschäftigungsinitiative aus. Dazu hat das Europäische Parlament einen Überprüfungsbericht verabschiedet. „Letztendlich ist die Jugendgarantie ein klassisches sozialdemokratisches Prestige-Projekt, das vielleicht Schlagzeilen generiert, aber den Menschen vor Ort nicht wirklich hilft“, so Ferber. „Wir werden das Problem nicht dadurch lösen, indem wir einfach mehr Geld zur Verfügung stellen. Wir müssen an den zugrundeliegenden

Strukturproblemen etwas ändern.“ Ferber erklärt: „Im Kern geht es doch darum, einen gesunden Mittelstand zu schaffen, der dezentrale Wertschöpfungsketten aufbaut, und damit auch dezentrale Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen kann. Wir müssen gerade in den südeuropäischen Ländern die verschulden Ausbildungsbereiche auf neue Beine stellen. Weg vom rein verschulden System, hin zu einer überbetrieblichen fachlichen Ausbildung. Da gibt es tolle Modelle, das sollte von der EU gefördert werden.“

Ferber kritisiert Begnadigung Panamas

Die EU-Mitgliedstaaten veröffentlichten Anfang Dezember eine schwarze Liste mit 17 Steueroasen, die Steuertrickserien tolerieren oder sogar ausdrücklich unterstützten. Doch nun sollen acht entfernt werden – auch Panama. Markus Ferber ist empört über so viel Nachsicht des EU-Rats. Die Liste mit 17 Namen sei ohnehin schon ausgesprochen dünn gewesen, so Ferber. „Die schwarze Liste von Steueroasen war von Anfang an ziemlich unglaubwürdig. Jetzt ist sie regelrecht lächerlich“, so Markus Ferber. „Wenn der Rat mit Panama eine der weltweit führenden Steueroasen begnadigen will, wird damit ein schlichtweg fatales Zeichen gesetzt.“



www.markus-ferber.de
E-Mail: info@markus-ferber.de

